

# Welches Fundament für Staat und Nation?

## Luxemburgs Selbstverortung im 21. Jahrhundert

Jürgen Stoldt

Der Regierungswechsel im Dezember 2013 war für jeden sichtbar eine Wachablösung, der Sprung von einer Generation zur nächsten. Die Bilder im Fernsehen und bei den Rundtischgesprächen sprachen eine deutliche Sprache: Auf der einen Seite der lustlose, vom Alter und der Verantwortung gezeichnete Vertreter der CSV, auf der anderen Seite die leicht verspielten, jugendlichen Vertreter von LSAP, DP und Grünen, denen die Zukunft ganz offensichtlich gehörte.

Wenn man in Luxemburg von Generationen spricht, kommen selten die Begriffe 68er oder Babyboomer auf. Die Kriegsgeneration, d. h. jene Luxemburger, die den Krieg erlebt hatten oder von ihm geprägt wurden, bestimmten in Luxemburg länger als anderswo und bis weit in die 90er Jahre hinein das gesellschaftliche Leben. Es waren die Bechs, Werners, Heiderscheids, die Vertreter der Résistance, der UGDA und der Pfadfinder, die die Diskurse und die Vorstellung von Land und Nation über 50 Jahre lang prägten.

Erst das Jahr 1989 mit den großen (historiographischen) Feiern zu 150 Jahren Unabhängigkeit leitete den Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegsgeneration ein. 1990 wird Jean-Claude Juncker Präsident der CSV, die Generation Breedewee kommt an die Macht.<sup>1</sup>

Zehn Jahre später, Anfang der 2000er Jahre wurde der Schatten der Alten endgültig abgeworfen. Die Polemik um die ‚Gëlle Fra Bis‘, die mit Recht als Angriff auf die Resistenzorganisationen und die offizielle Geschichtsschreibung verstanden wurde, offenbarte, dass die aus dem Krieg hervorgegangene

Generation die Deutungsmacht in Luxemburg verloren hatte.<sup>2</sup> Dann 2007, während der Messe für den verstorbenen Ehrenstaatsminister Thorn kostete Juncker noch einmal den Triumph der Nachgeborenen aus: Der in der Kathedrale anwesende ehemalige Chefredakteur des *Luxemburger Wort*, Abbé André Heiderscheid wurde von dem 30 Jahre jüngeren Jean-Claude Juncker öffentlich in seiner Gedenkrede zurechtgewiesen für die Rufmordkampagnen, die das *Wort* in den 70er Jahren gegen Thorn geführt hatte.

Doch die Pragmatiker um Jean-Claude Juncker hatten zu diesem Zeitpunkt den Zenit ihrer Macht schon überschritten. Die Jahre 2007 bis 2013 zeigten die Implosion des „CSV/LSAP-Staates“ – bedingt einerseits durch die einsetzende Krise und die zutage tretenden Widersprüche des luxemburgischen Entwicklungsmodells, andererseits durch die persönlichen und biologischen Abnutzungserscheinungen im Zentrum des Staates und die aufkommenden Gegenreaktionen in der Gesellschaft.<sup>3</sup>

Die nach den Wahlen von Oktober 2013 an die Regierungsgeschäfte gelangte Generation gibt sich lockerer und toleranter, sie argumentiert nicht mit Werten und Zielen, sondern mit Zwängen und *Gouvernance*. Man wird sie kaum wie ihre CSV-Vorgänger mit moralischen Vorhaltungen in die Enge treiben können. Sie sehen sich selber als ideologielose Macher, die die Revolution der Manager ins Zentrum des Staates tragen wollen. Und: diese Generation muss sich nicht mehr an den Alten und der Vergangenheit abarbeiten, denn die Vergangenheit ist vorbei und keiner erinnert sich mehr an sie. Und damit kann auch das Bild der Nation ein anderes werden.

---

**Die neue Generation muss sich nicht mehr an den Alten und der Vergangenheit abarbeiten, denn die Vergangenheit ist vorbei und keiner erinnert sich mehr an sie.**

---

## Der Abschied von der Geschichte

Als 1989 die 150 Jahr-Feiern der Unabhängigkeit Luxemburgs begangen wurden, konnte der Historiker Gilbert Tausch noch eine lineare Geschichte erzählen. Sie handelte von der Selbstbehauptung des Staates und dem Widerstandsgeist seiner Bürger, die zur Herausbildung einer (Wohlstands-)Nation führten.

25 Jahre später, am 29. April 2014 bei den Feierlichkeiten zu 175 Jahren Unabhängigkeit wurde nichts mehr erzählt. Stattdessen wurde das offizielle Gründungsdatum „1839“ von Michel Pauly in seinem Festvortrag im hauptstädtischen Cercle-Gebäude, aber auch in der Presse von Denis Scuto und anderen Historikern demontiert – die kritische Analyse der Luxemburger „Identität“, die die Universität Luxemburg während zehn Jahren vorantrieb, hatte auch zu einer Dekonstruktion jeglicher Bedeutung und zur Infragestellung der großen Erzählungen geführt.

Bei der unscheinbaren Gedenkfeier fühlten sich die Vertreter des luxemburgischen Staates (Premierminister, Parlamentspräsident, Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg und Großherzog) bemüßigt, dem Historiker zuzustimmen in der Feststellung, dass wir etwas Anekdotisches, Zufälliges, möglicherweise Unsinniges feierten. Das institutionelle Luxemburg entschuldigte sich fast für das bisschen Aufwand, das betrieben wurde, um an das historische Ereignis zu erinnern. Die Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg sprach der Einfachheit halber auch gar nicht vom Staat, sondern beschränkte sich in ihren Ausführungen auf die Rolle der Hauptstadt – als ob wie 1839 immer noch die Unabhängigkeit einer Stadt gefeiert würde und nicht die des ganzen Landes.<sup>4</sup>

Insgesamt scheint der neuen Regierung der Blick in die Vergangenheit schwer zu fallen. Die abgesagte Erste Weltkrieg Ausstellung, die überaus pragmatische Behandlung des Denkmalschutzes, das sich anbahnende Durcheinander um das Institut für Zeitgeschichte (auch die absurde Veranstaltung *nicht* zum Gedenken an den Ausbruch des 1. Weltkrieges sondern zur „Erinnerung an den Beginn der deutschen Besetzung während des 1. Weltkrieges“ ...)<sup>5</sup>, deuten daraufhin, wie unsicher bzw. uninteressiert die neue Regierung im Umgang mit der Geschichte des Landes ist.

Doch dann kam der Nationalfeiertag und es zeigte sich, dass diese Politikergeneration, wenn auch kein Verhältnis zur Vergangenheit, so doch eine Vorstellung von der Zukunft hat.

## Das *exemple luxembourgeois* als neues Leitbild

Der neu eingeführte, „zivile“ Festakt zum Nationalfeiertag im hauptstädtischen Theater geriet gleich in seiner ersten Ausgabe am 23. Juni 2014 zu einer *Assemblée nationale*, wo die zukünftige Identität des Landes verhandelt wurde. Premierminister Bettel knüpfte noch an den Widerstand im Zweiten Weltkrieg an und an die Opfer, die für die Wahrung der Unabhängigkeit notwendig waren, aber nur um daraus die Notwendigkeit von Zivilcourage und Verantwortung in einer pluralistischen Gesellschaft abzuleiten. Der Parlamentspräsident wies auf den Zusammenhalt aller Bürger hin, die in Luxemburg leben und arbeiten und machte den zukünftigen Erfolg des Landes an dessen Offenheit und Beweglichkeit fest. Der Großherzog durfte zum ersten Mal überhaupt an einem Nationalfeiertag das Wort ergreifen und nutzte die Gelegenheit, um die Nation alter Färbung zur Vergangenheit zu erklären und einen neuen *contrat social* sowie eine neue Form der *citoyenneté* zu fordern. Luxemburg, oder besser das *exemple luxembourgeois*, stünden für Offenheit, Toleranz und Pluralismus.<sup>6</sup>

Damit hat der offizielle Diskurs endlich die spektakuläre Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte integriert. An Stelle des bislang üblichen Dankeschöns an die Adresse der ausländischen Mitbürger (und Grenzgänger) für deren Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes werden die Bürger ohne luxemburgischen Pass jetzt zum integralen Teil der vorgestellten Gemeinschaft erklärt; *in fine* wurde ihre kontinuierliche Präsenz seit den Tagen der Eisenindustrie und das harmonische Zusammenleben über die Jahrzehnte hinweg als eigentlicher Kern der luxemburgischen Eigenheit deklariert! Die Nation und die Legitimation des Staates ruhen damit nicht mehr auf den Erfahrungen des Widerstandes im Krieg sondern auf dem Alltagserleben der offenen Gesellschaft (und ihrer Wirtschaft).

### ... und sein blinder Fleck

Hier wollte ich eigentlich mit dem Text und meiner kleinen Darstellung enden. Doch es ließe sich noch etwas hinzufügen...

Aufgefallen war mir, dass bei keinem dieser großen kollektiven Momente der Selbstbesinnung erwähnt wurde, dass Existenz und internationale Stellung des Großherzogtums gerade in letzter Zeit wieder im Ausland diskutiert werden. Nun ist es schon erwähnenswert, wenn Stimmen – diesmal aus Frankreich – das Großherzogtum rundheraus abschaffen oder zumindest in seiner Souveränität beschneiden wollen.

---

**Der „zivile“ Festakt zum Nationalfeiertag im hauptstädtischen Theater geriet [...] zu einer *Assemblée nationale*, wo die zukünftige Identität des Landes verhandelt wurde.**

---

Luxemburg bediente in den letzten 20 Jahren ja nicht nur die französischen Medien und Politiker mit einem sehr attraktiven Feindbild: das einer gigantischen Waschmaschine für schmutziges oder graues Geld. Die immer wieder erhobenen Vorwürfe sind zwar in Luxemburg an den Verantwortlichen abgeperlt, haben den Ruf des Landes im Ausland aber nachhaltig geprägt. Nachdem das Private Banking in Luxemburg durch die endlich erzwungene Aufgabe des Bankgeheimnisses auf dem Rückzug ist, fällt die internationale Aufmerksamkeit auf ein anderes, ebenso unschönes Phänomen: das einer völlig le-

galen, global vernetzten Steuerverhinderungsindustrie, bei der der hiesige Finanzplatz offenbar eine nicht unwesentliche Rolle spielt.

Dass Luxemburg in diesem Zusammenhang tatsächlich als Ärgernis wahrgenommen wird, hat sich auf europäischen Gipfeln, Berichten u. a. der OECD und in Auslassungen nicht nur französischer Politiker niedergeschlagen. Ein Höhepunkt öffentlicher Kritik war die Ende 2013 publizierte Streitschrift<sup>7</sup> des ansonsten sehr ernstzunehmenden Ökonomen Gabriel Zucman: Er forderte kurzerhand den Ausschluss Luxemburgs aus der EU und anderer internationaler Organisationen aufgrund der wenig kooperativen Haltung des Großherzogtums in Fragen der Besteuerung internationaler Unternehmen und vermögender Privatpersonen. Zucman deutet an, was auch in Luxemburg unter Intellektuellen, Wissenschaftlern und Journalisten ein beliebter Topos ist, dass das Land nämlich schon längst eine Kolonie des „internationalen Finanzkapitals“ sei, eine Art *failed state* inmitten Europas. Vom vorherigen Finanzminister war ohne Zögern bestätigt worden, dass die den Finanzplatz betreffenden Gesetze von den interessierten Unternehmen praktisch selber geschrieben werden (an erster Stelle die Big 4 des Audits, die in Luxemburg nicht von ungefähr einige ihrer weltweit größten Standorte unterhalten). Die luxemburgischen Regierungsstellen verstecken keineswegs, dass sie ihre Kompetenzen im Steuer- und Finanzbereich weitgehend an die international tätigen Finanzdienstleister outgesourct haben.

Luxemburg hat sich dadurch zum wichtigsten, vielleicht sogar einzigen wirklich international aufgestellten Finanzplatz innerhalb der Eurozone entwickelt. Mitten in Euroland wird hier ein internationaler Finanzplatz betrieben, der (spätestens seit der Abwicklung der Arbed) auf keinerlei nationale, binnenwirtschaftliche Interessen Rücksicht nehmen muss – und damit gegenüber Paris oder Frankfurt einen schönen Vorteil genießt.

Im Sprachgebrauch der Finanzwirtschaft ist unser beschauliches Land eine *jurisdiction*, ein Rechtsraum, der über eine vielleicht beschränkte aber nichtsdestotrotz wertvolle Zuständigkeit im Steuer-, Finanz- und Unternehmensrecht verfügt. Der US-amerikanische Bundesstaat Delaware, die Virgin-Islands, Jersey, der Schweizer Kanton Zug, Großbritannien, die Niederlande usw. sind für die Finanzwirtschaft auch nur Jurisdiktionen, die in interner Konkurrenz zueinander zwar ihre Vorteile zu maximieren versuchen, aber bei konkreten Finanzmontagen immer im Verbund spielen. Sie dienen allesamt letztlich einer im globalen Umfeld zumeist legalen Umgehung der verschiedenen nationalen Steuerregelungen.

### Zitate aus dem Sommerloch

“He asked me and I said yes.” (Xavier Bettel, *Los Angeles Times*, 20.8.2014)

« Bon, ça a l'air un peu débile, mais j'ai regardé toutes ces séries télévisées politiques comme *West Wing* et *Borgen*. » (Paul Konsbrück, Conseiller en Communication du Premier ministre, d'*Lëtzeburger Land*, 22.8.2014).

„Ich will das während meiner Laufbahn Gelernte positiv einbringen.“ (Lucien Lux über die Zusammenarbeit seiner kürzlich gegründeten Beratungsfirma mit der Becca-Gruppe am „Ban de Gasperich“, *Luxemburger Wort*, 16.8.2014).

„Es ist schon etwas eigenartig, wenn man die Debatten nicht mehr von oben vom Präsidentenstuhl sondern von unten verfolgt.“ (Laurent Mosar, CSV-Abgeordneter, *Lëtzeburger Journal*, 17.08.2014).

« Monsieur le Premier Ministre, Nous vous adressons ces quelques lignes pour vous dire que nous désapprouvons la récente décision du gouvernement en matière d'indexation des salaires. » (Lettre type de la Fedil adressée au Premier ministre Xavier Bettel et au ministre de l'Économie Etienne Schneider envoyée par 27 dirigeants d'entreprises).

« Je trouve que la démarche de la Fedil est politiquement incorrecte. » (Etienne Schneider, *Le Quotidien*, 18.8.2014).

„Ich bin nur ein ganz kleiner Außenpolitiker“ (Jean Asselborn, Deutschlandfunk, 18.8.2014).

„Das Kostenniveau aus Italien hier in Luxemburg einzuführen, ist die Voraussetzung für das Überleben der Cargolux“ (Dirk Reich, CEO Cargolux, Radio 100,7, 26.8.2014).

„Wir sind die einzige pragmatische Partei.“ (Sven Clement, Präsident der Piratenpartei, *Luxemburger Wort*, 28.8.2014).

\*

« Le Luxembourg manque d'intellectuels. » Jean-Claude Hollerich, Archevêque de Luxembourg, *Le Jeudi*, 3.7.2014).

Double-no-imposition, Auslagerung von Patentrechten und anderen „immateriellen“ Werten, Tax-Ruling (Vorentscheidungen der Steuerbehörden hinsichtlich der zukünftigen Besteuerungsgrundlage), Niederlassung von Headquarter-Funktionen bis hin zur Etablierung des Wohnortes vermögender Privatpersonen zur Umgehung etwa von Erbschaftssteuern sind einige der Stichworte, die den Erfolg nicht nur unseres Standortes ausmachen. Diese oftmals gar nicht so komplexen Steuervermeidungsstrategien führen auf direktem Wege zu einer Ausdünnung der Steuereinnahmen der mit uns befreundeten Nationalstaaten.<sup>8</sup> Im Visier dieses professionell organisierten Raubzuges stehen, so scheint mir, in erster Linie nicht Petro-Monarchien oder russische Oligarchen, sondern die immer noch sehr vermögenden westeuropäischen Nationalstaaten, deren Gesellschaftsmodelle auf einer hohen Staatsquote, entwickelten Sozialsystemen und einer dementsprechend starken innergesellschaftlichen Solidarität basieren.

Die Frage stellt sich natürlich, ob dieses Geschäftsfeld auf Dauer mit der europäischen Ausrichtung Luxemburgs im Einklang steht, und ob die Finanzfestung nicht doch aus gutbegründetem Eigeninteresse zum Teil geschleift werden sollte. Der von dieser Regierung angestrebte Wandel zu einer auf Innovation, Forschung und unternehmerischer Dynamik basierenden Wirtschaft, weg von den Souveränitätsnischen der Vergangenheit ist sicherlich ein wichtiger Schritt. Doch wenn dieser Staat nicht irgendwann als ökonomischer Selbstzweck erscheinen möchte, wird man ihn darüberhinaus wieder mit etwas Bedeutung füllen müssen.

## Verfassungspatriotismus und Öffnung der Gesellschaft

Eine wirksame Geschichtserzählung steht zurzeit nicht mehr zur Verfügung. Das Beharren auf dem Luxemburgischen als Integrationsfaktor ist angesichts der Zahlenverhältnisse auch nur noch eine (aber gern unterhaltene) Illusion.

Demgegenüber steht der Weg zu einem Verfassungspatriotismus, wie von Gilbert Trausch 2007<sup>9</sup> angedeutet, heute offen. Die anstehende Verfassungsreform böte tatsächlich eine einmalige Gelegenheit, um die Basis dafür zu legen, wenn nur die Regierung den historischen Moment für eine große gesellschaftliche Debatte nutzen würde.

Die weitere Öffnung des politischen Gemeinwesens für die hier ansässigen Ausländer könnte Luxemburg zu einem „Modell für das Europa von morgen“ machen und dem Begriff der *citoyenneté* Bedeutung verleihen. Das „Ausländerwahlrecht“, unter

sehr eingegrenzten Bedingungen, würde ein großer symbolischer Schritt sein; den heutigen Wählern die Bedeutung dieses Vorschlages zu erklären, ist eine der großen Herausforderungen für die derzeitige Regierung. Ein Scheitern des diesbezüglichen Referendums wäre keine Katastrophe, sondern eine Etappe der Bewusstseinsbildung in einem andauernden Prozess.

Die Öffnung des Bildungssystems, ein Kraftakt für jede Regierung, sollte ebenfalls ganz oben auf der Agenda stehen. Die Lebens- und Berufschancen einer allzu großen Anzahl nicht-luxemburgisch sprachiger Kinder, Jugendlicher und Eltern stehen auf dem Spiel.

Auch die Monarchie könnte eine Rolle spielen – 2019 wird es 100 Jahre her sein, dass die Luxemburger auf demokratischem Wege ihre Monarchie legitimiert haben. Eine Neuauflage dieses Referendums könnte sich anbieten und der Gemeinschaft zusätzliche Kontur verschaffen, gerade wenn Geschichte und Sprache in ihrer Bedeutung nachlassen.<sup>10</sup>

Daneben bin ich persönlich weiterhin überzeugt, dass eine ernstzunehmende Denkmalschutz-, Nachhaltigkeits- und Klimapolitik ein starkes Instrument ist, um allen Bewohnern des Landes ein gemeinsames Verantwortungsgefühl zu vermitteln.<sup>11</sup>

Doch wie auch immer die Optionen sind – das „*ex-  
emple luxembourgeois*“, von dem am Nationalfeiertag erstmals die Rede war, muss ausbuchstabiert werden, damit es sich nicht zu schnell als Trugbild erweist. ♦

---

**Doch wie auch immer die Optionen sind – das „*ex-  
emple luxembourgeois*“ [...] muss ausbuchstabiert werden, damit es sich nicht zu schnell als Trugbild erweist.**

---

1 Schmit u. a., „Der Mann ohne Eigenschaften“, in *forum* 324, Dezember 2012.

2 Stoldt, „Ein Hauch von Kulturkampf“, in *forum* 208, Mai 2001.

3 Majerus u. a., „Chronik eines politischen Wechsels“, in *forum* 338, März 2014.

4 Alle Reden unter [www.gouvernement.lu/3795662/22-fete-nationale](http://www.gouvernement.lu/3795662/22-fete-nationale)

5 [www.gouvernement.lu/3893181/02-commemoration](http://www.gouvernement.lu/3893181/02-commemoration)

6 [www.gouvernement.lu/3594691/175-joer/3594718/seance-academique](http://www.gouvernement.lu/3594691/175-joer/3594718/seance-academique)

7 Gabriel Zucman, *La richesse cachée des nations*, Seuil, 2013.

8 Stoldt, „Friss oder stirb“, in *forum* 323, November 2012.

9 Gilbert Trausch, „D'un concept de la nation à un autre“, in *forum* 271, November 2007.

10 Der Vorschlag geht erstmals auf Michel Pauly zurück: „Die Verfassung und der Großherzog“, in *forum* 199, April 2000.

11 Stoldt, „Woher, wohin?“, in *forum* 271, November 2007.